

konkreten Folgen der Kritik des DIMR an der Rohstoffstrategie werden an diesem Beispiel deutlich. Hinzu kommt, dass in intransparenten Vertragsgestaltungen Druckmittel offenbar nicht genutzt werden. CBG fokussiert nicht auf eine Vermeidung von Schäden, sondern versucht, diese mit vielen Klein-Projekten auszugleichen. Dies führt aber nicht zu einer grundlegenden Wiederherstellung der Menschenrechte der Betroffenen. Die Aussage der Bundesregierung, dass die CBG spätestens bis 2024 alle IFC-Standards einhalten werde, wurde nicht erfüllt.

Finanzakteure werden mit UFK-Garantien nicht ausreichend in die Pflicht genommen, die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltschutz durch ihre Kreditnehmer sicherzustellen. Dies müsste vertraglich geregelt werden. Das BMWK nimmt aber nach eigenen Aussagen keinen Einfluss auf diese Vertragsgestaltungen. Die UFK-Verträge enthalten offenbar ebenfalls keine (wirksamen) Sanktionsmöglichkeiten zum Schutz von Menschenrechten. Es entsteht der Eindruck, dass – entgegen den Beteuerungen des BMWK – die Erfüllung von Menschenrechten sowie Umwelt- und Sozialstandards gegenüber den Rohstoffinteressen nachrangig gehandhabt werden. Deutschland verletzt dadurch seine Menschenrechtspflichten.

FIAN fordert von der Bundesregierung, ihre Pflichten umfänglich wahrzunehmen, indem sie insbesondere:

- Die Kritik des DIMR zur Überarbeitung der Rohstoffstrategie aufgreift;
- Bei UFK-Vergaben auch kumulative Effekte von Bergbauprojekten für die Bevölkerung bedenkt und diese nicht nur auf Einzelprojekte ausrichtet;
- Die Bevölkerung vor Ort zwingend von Beginn an in alle Projektzyklen einbezieht;
- Keine UFK für Vorhaben bewilligt, bei denen Sprengungen eingesetzt werden;
- In UFK-Verträgen die Rücknahme der Garantie festlegt, wenn die Banken ihre menschenrechtliche Verantwortung gemäß den UNGP nicht ausreichend wahrnehmen. Dies könnte zu größerem Engagement der Industrie für die Achtung von Menschenrechten in ihren Wertschöpfungsketten führen;
- In den UFK-Verträgen mit Banken verlangen, dass diese die Auszahlung von Krediten und die Einforderung der Zinsen eng an die Erfüllung international anerkannter Sozial- und Umweltstandards binden;
- Ihre Vertragsgestaltungen transparent macht, zum Beispiel durch

Musterverträge;

- Das Recycling von Aluminium stärker fördert.

Der Schutz der Menschenrechte der Bevölkerung im Minengebiet muss Vorrang vor den Interessen der deutschen Industrie haben.



Kippelader und andere riesige Maschinen wirbeln große Mengen Staub auf

¹ <https://www.ufk-garantien.de/>.

² BMWK 2020: Rohstoffstrategie der Bundesregierung, URL: <https://tinyurl.com/4cyz5w4d>.

³ DIMR: Deutschland im Menschenrechtssystem, URL: <https://tinyurl.com/4pfc9ep3>.

⁴ OECD 2025, URL: <https://tinyurl.com/37faa6vv>.

⁵ IMF Performance Standards 2012, URL: <https://tinyurl.com/2meztt84>.

⁶ BMWK 2020: Rohstoffstrategie der Bundesregierung, URL: <https://tinyurl.com/4cyz5w4d>.

⁷ DIMR 2019, URL: <https://tinyurl.com/yc3dsfmd>.

⁸ UNDP 2024: Global Multidimensional Poverty Index, URL: <https://tinyurl.com/3tmd2pha>.

⁹ UNCTAD 2021: Handbook on Special Economic Zones in Africa, URL: <https://tinyurl.com/5n8u3zep>.

¹⁰ IMF Country Reports 21/147: Guinea – Selected Issues, URL: <https://www.imf.org/>.

¹¹ IUCN 2012: Mining Sector Development in West Africa and its Impact on Conservation, URL: <https://tinyurl.com/3aeywb5u>.

¹² German Trade and Invest, URL: <https://tinyurl.com/22b9ctxn>, sowie Intergovernmental Forum on Mining, Minerals, Metals and Sustainable Development, URL: <https://tinyurl.com/yprnercn>.

¹³ Kniertzinger Johannes 2016: The socio-political implications of Bauxite Mining in Guinea, URL: <https://tinyurl.com/2s3ajdy5>.

¹⁴ Global Forest Watch, URL: <https://tinyurl.com/mr4bd74c>.

¹⁵ IUCN 2018: Moya Bafing National Parks as an Offset for Chinpanzees, URL: <https://tinyurl.com/jy97nb8u>.

¹⁶ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion der FDP, 11.03.2020, BT Drucksache 19/17808, URL: <https://tinyurl.com/4pbyrmuy>.

¹⁷ Inclusive Development, 08.03.2019, URL: <https://tinyurl.com/4n53pcj7>.

¹⁸ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, 18.01.2021, BT-Drucksache: 19/25982, URL: <https://tinyurl.com/4k59yz4t>.

¹⁹ Ebd.

FIAN Deutschland e.V.
Gottesweg 104
50939 Köln

Köln, März 2025
Autor*innen: Gertrud Falk
Layout: Julian Suppinger

FIAN, das FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk, ist die Internationale Menschenrechtsorganisation für das Recht auf Nahrung.

FIAN Die Verursacher des Hungers benennen
Den Hungernden Gehör verschaffen
Gemeinsam die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen

www.fian.de
info@fian.de
Tel.: 0221-47449110

Menschenrechte in der Außenwirtschaftsförderung

Das Beispiel des Bauxit-Abbaus in Guinea

Der Abbau von Bauxit boomt weltweit. Bauxit ist der Grundstoff für Aluminium, dessen Nachfrage unter anderem durch die Energiewende in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen ist. Auch die deutsche Industrie braucht Aluminium, vor allem der Autobau. Die Bundesregierung unterstützt die Verfügbarkeit von Rohstoffen in Deutschland im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung. Die Einhaltung von Umwelt- und Sozialstandards sowie Menschenrechten sind wichtige Kriterien für die staatliche Förderung.¹ Nichtregierungsorganisationen kritisieren hingegen, dass diese Kriterien häufig nicht ausreichend beachtet werden. Viele Bergbauprojekte sind dokumentiert, bei denen es trotz der staatlichen Förderung zu schweren Menschenrechtsverletzungen und Umweltschäden gekommen ist. Ein drastisches Beispiel hierfür ist die Bauxitmine der Compagnie des Bauxites de Guinée (CBG). FIAN hat im Dezember 2024 zum zweiten Mal vor Ort recherchiert.

Die deutsche Rohstoff-Politik

Deutschland verfügt über keine eigenen mineralischen Rohstoffe und ist daher auf Importe angewiesen. Zur Sicherstellung der Rohstoffversorgung hat die Bundesregierung 2020 ihre aktuelle Rohstoffstrategie beschlossen. Mit 17 Maßnahmen will sie die Unternehmen bei einer nachhaltigen Rohstoffversorgung unterstützen.² Dazu gehört auch die Ungebundene Finanzkredit-Garantie (UFK). Durch die Ratifizierung der UN-Menschenrechtspakte, die Mitgliedschaft in den Vereinten Nationen, der Weltbank und der OECD ist Deutschland zugleich in der Rohstoffpolitik an internationale Normen gebunden.

Internationale Normen

Deutschland hat die zentralen UN-Menschenrechtspakte ratifiziert und sich damit zu deren Achtung, Schutz und Verwirklichung im In- und Ausland verpflichtet.³ Dies schließt wirtschaftspolitische Maßnahmen ein. In den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte (UNGPs) sind die grundlegenden Verpflichtungen und Verantwortungen von Regierungen und Wirtschaftsunternehmen in „Schutz, Achtung und Abhilfe“ differenziert: Unternehmen und Staaten müssen Menschenrechte respektieren, Staaten müssen Menschen vor Rechtsverletzungen durch Wirtschaftsunternehmen schützen und Betroffenen einen Zugang zu Verfahren zur Wiedergutmachung verschaffen.

Die Bundesregierung macht im Rahmen der Außenwirtschaftsförderung für die Bewilligung von UFK explizit die Beachtung der acht Performance Standards (PS) der Weltbanktochter International Finance Corporation (IFC) zur Voraussetzung. Diese umfassen soziale, Umwelt- und menschenrechtliche Bedingungen für Kreditnehmer. Sie werden je nach Stärke der Risiken kategorisiert. Die Kategorisierung richtet sich nach den Standards für Investitionsvorhaben („Common Approaches“) der OECD.⁴ Die problematischsten Projekte sind der Kategorie A zugeordnet. Diese bekommen die striktesten Auflagen für den Erhalt einer Förderung; in festgelegten Zeiträumen müssen alle PS erfüllt sein.⁵

Nationale Instrumente

Zentrales Instrument der Bundesregierung für die Rohstoffsicherheit ist die UFK-Garantie. Die Garantien werden an deutsche Banken vergeben,

die Kredite für Rohstoffprojekte oder Bergbauunternehmen im Ausland vergeben, sofern „im Gegenzug langfristige Abnahmeverträge zur Sicherung der Rohstoffversorgung deutscher Abnehmer geschlossen werden und Umwelt-, Sozial- und Menschenrechtsstandards eingehalten werden“.⁶

Mit der Vergabe einer UFK-Garantie verpflichtet sich die kreditgebende Bank zu kontrollieren, dass die Rohstoffe wie verlangt nach Deutschland exportiert werden. Wenn dies nicht der Fall ist, kann die Bundesregierung verlangen, den Kredit fällig zu stellen. Mit der Bewilligung ist ebenfalls die Auflage verbunden, dass das Bergbauunternehmen bis zu einem festgelegten Zeitpunkt alle verlangten Standards erfüllt. Inwieweit bei Verstößen auch Sanktionen möglich sind, ist nicht transparent.

Das Deutsche Institut für Menschenrechte (DIMR) kritisiert die Rohstoffstrategie. Entgegen guter Praxis seien Pläne für die Schließung und Renaturierung von Minen bei Antragstellung einer UFK-Garantie kein Kriterium für die Bewilligung von Bürgschaften. Klagemöglichkeiten in Deutschland für Opfer von Menschenrechtsverletzungen im Rahmen geförderter Projekte fehlen ebenso wie der Vorrang der Vermeidung von Schäden vor späterer Wiedergutmachung.⁷

Bauxit-Bergbau in Guinea

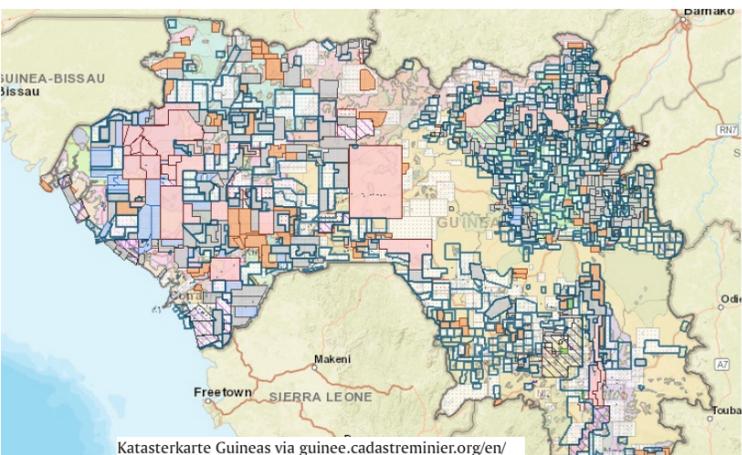
Guinea ist eines der ärmsten und zugleich rohstoffreichsten Länder der Erde. Rund 66 Prozent der Bevölkerung leben gemäß den Vereinten Nationen in Armut.⁸ Das Land ist politisch instabil und wird seit 2021 vom Militär regiert. Es ist extrem abhängig vom globalen Rohstoffhandel, da Guinea laut UNCTAD kaum in den Westafrikanischen Wirtschaftsraum integriert ist.⁹

Bergbau ist der bedeutendste Wirtschaftssektor. Er trägt 22 Prozent zum BIP, 31 Prozent zu den Steuereinnahmen und 90 Prozent zu den Exporten bei, bietet aber nur 6,5 Prozent der formellen Arbeitsplätze.¹⁰ Der Bergbausektor genießt in der Politik absolute Priorität. Gemäß der International Union for Conservation of Nature (IUCN) waren 2012 rund 63 Prozent der Gesamtfläche Guineas als

Bergbaukonzession vergeben.¹¹ Dieser Prozentsatz dürfte heute allein aufgrund der weiteren Vergabe von Bauxit-Konzessionen deutlich höher liegen (s. Katasterkarte). Staatliche Regulierung, mit der Lebensräume der Bevölkerung geschützt werden, gibt es nicht.

Bauxit liegt großflächig und nur wenige Meter unter der Erdoberfläche. In den Konzessionen werden daher viele einzelne Gruben geöffnet.

Bisher wird das Mineral vor allem in der Region Boké im Nordwesten des Landes abgebaut. Dort wurden inzwischen sechs Konzessionen vergeben, die längste davon hält CBG. Der Bauxitabbau in der Region ist in den letzten Jahren sprunghaft gestiegen und hat sich innerhalb weniger Jahre mehr als versechsfacht – von 20 Mio. Tonnen 2015 auf 123 Mio. Tonnen 2023.¹² Auch in weiteren



Regionen wird die gnadenlose Ausbeutung von der Regierung forciert.

Nur die Vorstufen der chemischen Weiterverarbeitung des Gesteins zu Aluminium finden in Guinea statt. Die Regierung fordert aber inzwischen von ausländischen Unternehmen den Bau von Raffinerien. Obwohl dadurch mehr Wertschöpfung im Land verbleiben würde, sehen Expert*innen dies aufgrund mangelnder Umwelt- und Sicherheitsstandards sehr kritisch.

Staatliche Regulierung

Der Bergbau ist in Guinea durch das Bergbaugesetz aus dem Jahr 2013 reguliert. Das Ministerium für Bergbau und Geologie ist zuständig für die rechtliche und steuerliche Kontrolle des Sektors sowie die Vergabe von Konzessionen. Das Umweltministerium ist formal für Umweltschutz und die Sanierung in den Minengebieten zuständig. Nach Aussagen eines Mitarbeiters der Umweltbehörde der Präfektur Boké sind die Umweltbehörden gegenüber den Minenbehörden jedoch machtlos.

Das Bergbaugesetz benötigt zu seiner Anwendung 39 Durchführungsrichtlinien, von denen 2014 nur fünf verfasst und noch keine von der Regierung beschlossen war. Dies ermöglicht es den Präfekturen, das Gesetz nach ihren Interessen auszulegen. Außerdem enthält das Gesetz sogenannte Stabilitätsklauseln, die Ausnahmen für Unternehmen zulassen, die bereits vor 2011 Bergbaulizenzen hielten. Kommunalverwaltungen können in dieser Situation ihre Kontrollrechte kaum geltend machen. In der Realität bestimmen die Unternehmen selbst, welche Beiträge sie beispielsweise in den Fonds für lokale Entwicklung (FODEL) einzahlen, obwohl dies gesetzlich geregelt ist. Bergbauunternehmen

übernehmen im Eigeninteresse auch staatliche Aufgaben bei der Bereitstellung von Infrastruktur und begründen damit, dass sie keine oder weniger Steuern zahlen.¹³ Faktisch findet keine rechtsstaatliche Regulierung statt.

Soziale und Umwelt-Auswirkungen

Durch die Vergabe neuer Konzessionen und den rücksichtlosen Bauxit-Abbau in der Region Boké wird der Bevölkerung zunehmend die Lebensgrundlage genommen. Während die Region früher für ihre reichhaltige Landwirtschaft bekannt war, müssen heute Grundnahrungsmittel aus anderen Landesteilen herangeschafft werden. Fortlaufende Sprengungen der Bauxit-Plateaus schädigen die Gesundheit, zerstören Natur und Biodiversität. In Verbindung mit unzureichenden Renaturierungen werden aus ehemals fruchtbaren Böden unfruchtbare Landschaften, in denen keine Agrarwirtschaft mehr möglich ist. Weidevieh wird in Täler verdrängt, was zu Konflikten mit dem Gemüse- und Obstbau führt, den vor allem Frauen betreiben. Allein in der ursprünglich überwiegend bewaldeten Region Boké wurden zwischen 2001 und 2023 rund 3.300 Quadratkilometer Wald zerstört.¹⁴ Intransparente Entschädigungen führen zur Spaltung von Gemeinden. Ganze Regionen werden lebensfeindlich.

Compagnie des Bauxites de Guinée (CBG)

Die CBG gehört zu 49 Prozent dem guineischen Staat und zu 51 Prozent dem Konsortium Halco Mining, das wiederum von den drei multinationalen Bergbaukonzernen Alcoa, Rio Tinto und Dacoco gehalten wird. Sie betreibt seit 1973 ihre 579 Km² große Bauxitmine in unmittelbarer Nähe zu der Stadt Sangaredi.¹⁵ Im Minengebiet, das früher überwiegend bewaldet war, liegen 20 Dörfer.

Um von der steigenden Bauxit-Nachfrage auf dem Weltmarkt zu profitieren, hat das Unternehmen 2016 Kredite von einem internationalen Bankenkonsortium eingeworben, darunter 200 Millionen US-Dollar von der IFC und 248 Millionen Euro von der ING Diba.¹⁶ Als Bergbauprojekt und aufgrund der Wirkungsanalyse hat die IFC das Vorhaben in die Kategorie A eingestuft.

Die CBG nimmt als Staatsunternehmen, das bereits vor Inkrafttreten der Bergbaugesetze und Erlasse produziert hat, eine Sonderstellung ein. Sie ist von der gesetzlichen Verpflichtung ausgenommen, 0,5 Prozent des Umsatzes in den staatlichen Fonds de Développement Économique Local (FODEL) einzuzahlen. Nach Aussage des Bürgermeisters von Sangaredi (2022) zahle CBG stattdessen nach eigenem Gutdünken 2,5 Mio. US-Dollar an umliegende Gemeinden. Ihre Pläne für Umwelt- und Sozialmanagement (PGES) stellt sie entgegen den gesetzlichen Vorschriften den Gemeinden nicht zur Verfügung, so dass letztere deren Umsetzung nicht überprüfen können.

Umwelt- und Soziale Folgen

Die Produktionssteigerung der Mine führt zu erheblichen Verletzungen sozialer Menschenrechte und Umweltzerstörungen. Der Abbau des Bauxits mit Sprengungen verursacht enorme Staubemissionen, die neurotoxische Wirkung entfalten, zu Atemwegserkrankungen führen und sich auf den Pflanzen ablagern. Wasseradern werden durchtrennt und Trinkwasserquellen zerstört. Darüber hinaus werden durch die Bodenerschütterungen Häuser beschädigt und Tiere vertrieben. Sedimente verschmutzen Oberflächengewässer, die die Frauen zuvor für den Haushalt genutzt haben und deren Fischbestände zu den Grundnahrungsmitteln

gehören. Aufgrund der Rodungen kann die Bevölkerung ihre traditionelle Agroforstwirtschaft nicht mehr praktizieren. Insbesondere Frauen sind von diesen Auswirkungen betroffen, weil sie aufgrund ihrer Fürsorgeaufgaben nicht ausweichen können. Diese Praktiken verstoßen auch gegen die IFC-Standards, weswegen 2019 dreizehn Dörfer mit Unterstützung von NGOs eine Beschwerde bei der Ombudsstelle der IFC eingereicht haben.¹⁷ Das Mediationsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Es hat aber bereits zu



Frauen in Bouroré können ihre Familien nicht mehr ausreichend ernähren

Verbesserungen des Wassermanagements und der Ausweitung von Pufferzonen für die Sprengungen geführt. Diese beheben jedoch die Widrigkeiten für die Bevölkerung nicht grundlegend.

Deutsche Interessen an der CBG

Deutschland spielt eine zentrale Rolle im Geschäft der CBG: Die Bundesregierung bürgt seit 2016 mit einer UFK-Garantie für einen Kredit der ING-Diba mit der Auflage, dass 15 Prozent des geförderten Bauxits nach Deutschland exportiert werden. Der Kredit läuft noch bis 2028. Mit dem Bauxit deckt Deutschland ca. 90 Prozent seines Aluminiumbedarfs. Das daraus gewonnene Aluminium wird vor allem von Automobilkonzernen, dem Energiesektor sowie den Bau- und Verpackungssektoren verwendet. Die faktisch fehlende Regulierung des guineischen Bergbausektors, welche schonungslos die grundlegenden Bedürfnisse der Bevölkerung ignoriert, dürfte der Bundesregierung bei Vergabe der UFK-Garantie bekannt gewesen sein.

Der UFK-Vergabe wurde die Wirkungsanalyse der IFC zugrunde gelegt. Die Verbesserung der Einhaltung internationaler Menschenrechts- und Umweltstandards sollten bis 2024 über ein kontinuierliches Monitoring sichergestellt werden, mit dem die IFC das Unternehmen Ramboll beauftragt hat.¹⁸ Die FIAN-Recherche im Dezember 2024 zeigt, dass dieses Ziel nicht erreicht wurde, obwohl Ramboll regelmäßig die Nichtbeachtung von Anforderungen dokumentiert hat. Die Bundesregierung verweist darauf, dass sie selbst keinen Vertrag mit der CBG, sondern nur mit der ING Diba habe. Seit der Auszahlung des Kredits der ING Diba könne sie nur begrenzt auf die CBG einwirken. Auf die Modalitäten der Zinszahlungen habe sie ebenfalls keinen Einfluss. Die Möglichkeit der sofortigen Rückzahlung des Kredits aufgrund der anhaltenden Menschenrechtsverletzungen haben Vertreter*innen in Gesprächen mit der Begründung abgelehnt, dass das Unternehmen dann auch keine finanziellen Mittel mehr für Entschädigungen und sachgerechte Schließung der Mine habe.

FIAN: Recherche vor Ort

Anlass für die Recherchereise im Dezember 2024 waren die kontinuierlichen Beschwerden der Dörfer im Minengebiet über die

anhaltenden Umweltzerstörungen und mangelnde Entschädigungen. Diese stehen der Darstellung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) entgegen, wonach CBG ihre Management-Pläne verbessert habe.¹⁹ Die Recherche hat die Darstellungen der Betroffenen bestätigt: CBG setzt immer noch Sprengungen ein und baut auch mehrere Bauxit-Plateaus in der Nähe einzelner Dörfer parallel ab. Sie arbeitet auch nachts mit großen Fräsen, so dass viele Menschen nicht schlafen können. Natürliche Wasservorkommen werden weiterhin verschmutzt, zerstört und nicht wiederhergestellt – soweit dies überhaupt möglich wäre. Die Erdschichten werden nicht sachgerecht abgetragen, so dass die wenigen wiederaufgefüllten Gruben nicht mehr für Landwirtschaft nutzbar sind. Bei der ohnehin unzureichenden Renaturierung wird die Wiederherstellung von Agrarland nicht berücksichtigt. Neue Sedimentbecken, die die Gewässer in der Nähe der Dörfer Horé Lafou und Paragögo vor Verschmutzung mit Rotschlamm schützen sollen, sind zu klein und laufen bei Regen über.

Durch die Zerstörung von Agrar- und Waldflächen können Frauen nicht mehr genug Nahrung anbauen. Da sie auch kaum alternative Einkommensmöglichkeiten haben, können sie sich und ihre Familien nicht mehr ausreichend ernähren.

Die Wasserversorgung ist weiterhin unzureichend. Pro 50 Einwohner*innen finanziert CBG eine manuelle Wasserpumpe, die in Kooperation mit der staatlichen Wasserbehörde SNAPE installiert wird. Doch die Frauen, die in der Regel für die Versorgung ihrer Familien mit Wasser zuständig sind, klagen, dass die Pumpen schwer zu bedienen sind und sie nicht genügend Wasser pumpen können, um auch ihre Tiere zu tränken. Darüber hinaus hat das Wasser oft keine Trinkwasserqualität.

Zwar gehe CBG jetzt einzelne Beschwerden nach. Die Firma tue aber nichts zur Abhilfe. Zwar finanziere sie vor allem für Frauen einige Projekte für Einkommen schaffende Maßnahmen, tue dies aber ohne diese in die Planungen einzubinden. In den Dörfern Hamdallaye und N'Danta Fogné zeigten Frauen die gescheiterten Projekte.

Entschädigungen würden weiterhin intransparent und unzureichend geleistet. Dadurch komme es zu Spaltungen zwischen Dorfbewohner*innen. In einem Gespräch von FIAN mit drei Vertreter*innen der CBG betonten diese die Maßnahmen für den Ausgleich der Umweltzerstörungen. Die Forderungen nach Einstellung der Sprengungen als Hauptursache für Umweltzerstörung und Menschenrechtsverletzungen lehnten sie ab.

Schlussfolgerung und Empfehlungen

Die Bundesregierung kommt ihrer Pflicht zum Menschenrechtsschutz in der Rohstoffsicherung nur unzureichend nach. Dies liegt an strukturellen Mängeln der Vergabepolitik der UKF, die im Fall der CBG-Mine auch nicht im Einzelfall ausgeglichen worden sind. Die

CBG hat mit dem Abbau bei seinem Dorf Guéguéré begonnen

